

# Leistungsprinzip im Alltag wieder durchsetzen

WILHELM KÖRBER

Eugen Gerstenmaier, ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages, hatte sein Manuskript in Bonn liegengelassen. Er sollte das letzte Großreferat auf einer neu angelaufenen Tagungsreihe halten, dem sogenannten „Bitburger Gespräch“, das auf Initiative des rheinland-pfälzischen Justizministers Otto Theisen zustande gekommen ist. Thema dieses ersten Forums in der Südeifel bei Biersdorf: die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen die Unfreiheit. Gerstenmaiers Beitrag: „Zukunftserwartungen der Demokratie.“

Der Bundestagspräsident a. D., sonst ein brillanter Redner, der auch ohne Manuskript aus dem Stegreif zu formulieren versteht, wollte diesmal auf seine handschriftlichen Unterlagen nicht verzichten. Ein Anruf bei Innenminister Genscher genügte, um einen Hubschrauber startklar zu machen, der ihm das ausgearbeitete Konzept („... ich mußte alles selber schreiben...“) mit einstündiger Verspätung nach Biersdorf heranschaffte.

Der Richter beim Bundesverfassungsgericht Walter Rudi Wand hatte in seinem Eröffnungsreferat „Freiheit und Verantwortung“ den Kampf gegen politische Gewalttätigkeit und Kriminalität als eine Schicksalsfrage der Demokratie bezeichnet. Er forderte in der gegenwärtigen Auseinandersetzung die Solidarität aller Demokraten, damit die Demokratie in der kritischen Zeit das „Risiko in ihrer Abdankung“ vermeide. Wie ein roter Faden zog sich durch seine Ausführung die Frage, ob der Bürger des Jahres 1972 tatsächlich mündig geworden sei oder ob die Verfassungsväter mit ihrer gewollt freiheitlichen und demokratischen Grundordnung nicht eher ein Idealbild denn ein Realbild geschaffen hätten. Nach Meinung des Richters hat die deutsche Schönwetterdemokratie, die Folge der bisherigen positiven wirtschaftlichen Entwicklung, die Bewährungsprobe noch lange nicht bestanden. „Diese Stunde kommt erst noch, nämlich dann, wenn die Prosperität einmal nachläßt.“

Wand erinnerte an die relativ harmlose Rezession von 1966. Das damalige Anschwellen der radikalen NPD habe lediglich einen Vorgeschmack gegeben, „wie unvermittelt rasch der Wähler auch heute noch bereit ist, sich von der politischen Mitte weg zu den radikalen Flügelparteien zu orientieren“. Der Redner stellte die Frage, ob nach Abschluß des äußeren Aufbaus in der Bundesrepublik nicht eine Neuorientierung der Politik erforderlich sei. „Die Zeit, umzudenken, scheint mir gekommen zu sein.“

In einem Diskussionsbeitrag brach der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Gebhard Müller, zunächst eine Lanze für die „junge bärtige Generation“. In dem Augenblick, da man sie mit Verantwortung betraue,

reagiere sie im allgemeinen auch vernünftig. Die oft geforderte Änderung des Grundgesetzes hält Müller für ein untaugliches Mittel: „Dieses Gesetz ist völlig in Ordnung. Es liegt nur an den Menschen, daß sie die Paragraphen auch mit Leben erfüllen. Es wäre beispielsweise mit den Gewalttätigkeiten nie so weit gekommen, wenn man sie von Anfang an dem Geist des Grundgesetzes entsprechend geahndet hätte.“

Der Bundesverfassungsgerichtspräsident a. D. erinnerte in diesem Zusammenhang an die erste Gerichtsentscheidung zugunsten von Studenten, die das Eigentum des Verlagshauses Springer beschädigt hatten, um die Produktion der Bildzeitung zu verhindern. Das Gericht habe damals in seiner Entscheidung die Gewalt gegen die Sachen höherer Werte wegen toleriert. Jede Art von Gewalt oder Terror könne aber niemals für eine Auseinandersetzung geduldet werden. Die sittliche Ordnung sei bei Straftaten ebenso zu berücksichtigen und nicht ausschließlich der soziologische Aspekt. „Wenn niemand mehr den Mut hat zu sagen, daß ein Täter gegen die sittliche Ordnung verstößt, dann verliert der Staat seine Grundlage. Die Würde des Menschen, vor allem die Würde der Frau, wird — wenn man an den Artikel 1 des Grundgesetzes denkt — tagtäglich in den Schmutz gezogen.“

Müller geißelte den Verlust der staatsbürgerlichen Moral im allgemeinen und das verlorengegangene Leistungsprinzip an den Schulen im besonderen. Faulenzen und trotzdem Abitur heiße heute die Devise. Die Kultusminister sollten lieber — an Stelle ihrer Anstrengungen, alle halbe Jahre mit neuen Plänen, Ideen und Reformen herauszukommen — wieder im Alltag das Leistungsprinzip durchsetzen. Die Ansprüche an den Staat würden immer größer, die Bereitschaft zur Mitarbeit des einzelnen am Gemeinwohl aber immer geringer. Von den gegenwärtig 40 000 Kriegsdienstverweigerern könnten noch nicht einmal 20 Prozent als echte Fälle klassifiziert werden.

Müller warnte auch vor der zunehmenden Masse der Verbände, deren Rolle für den Staat gefährlich werden könnte. Es könne beispielsweise nicht immer im Interesse des Staates und seiner Bürger liegen, wenn die Tarifpartner allein über bedeutsame wirtschaftspolitische Probleme entscheiden. Hier müsse das Parlament als die Vertretung des Volkes gefragt und ihm die Entscheidung überlassen werden.

Professor Hans Heinrich Rupp, Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät in Mainz, stellte in seinem Referat „Freiheit und Partizipation“ fest, daß derartige Begriffe ungehindert gerade von denjenigen benutzt werden könnten, die die freiheitliche Demokratie zu demontieren versuchten. „Viele Bundesbürger“, meinte Rupp, „scheinen sich noch heute mit der Prognose, Bonn sei ja nicht Weimar, ein Alibi dafür verschaffen zu wollen, die Hände in den Schoß zu legen oder vor dem immer sichtbarer werdenden politischen Radikalismus die Augen zu schließen. Noch ist die Bundesrepublik von einem sozialen Konflikt, dem klassischen Nährboden politischer Krisen, verschont geblieben. Doch wir haben keine Garantie, daß es immer so bleiben wird.“

Nach einem kräftigen Seitenhieb gegen den politischen Journalismus, den er der „regelrechten Publikumsbeschimpfungen“ bezichtigte und der „den offenen Prozeß öffentlicher Auseinandersetzung und fairen Argumentierens eher verstopft als fördert“, erklärte Rupp abschließend: „Allumfassende Partizipation kann die Grundlagen unseres Systems von Freiheit und Demokratie zerstören. Wenn die freiheitliche Demokratie überleben will, bedarf es Reformen, damit Demokratie nicht zur Fiktion und bürgerliche Freiheit nicht zum Privileg einiger weniger erstarrt.“

Professor Gerstenmaier nannte in seinem Vortrag den rücksichtslosen Ruf nach Entspannung und den „Durst nach Frieden“ einen gefährlichen Hang zu Halluzinationen. „In Wirklichkeit eskaliert die Gewalt. Der Staat soll verunsichert werden durch Terror von innen und Drohung von außen. Die Feinde unserer Demokratie werden im Schatten der Ostverträge nicht geringer. In Wirklichkeit wollen sie den Sturz des demokratischen Rechtsstaates. Die gerissene Vokabel von der Demokratisierung ist ebenso der Schrei nach undefinierbarer Ausdehnung der Staatskompetenzen.“ (Die Welt, Hamburg — 30. Mai 1972)